

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

IWF ohne Gesamtkonzept

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1980) : IWF ohne Gesamtkonzept, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 10, pp. 470-471

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135483>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



IWF ohne Gesamtkonzept

Von routinemäßigen Zusammenkünften von Finanzministern und Zentralbankgouverneuren sind in der Regel keine Sensationen zu erwarten. Das gilt auch für die Jahresversammlungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Ihr Wert liegt zum einen darin, daß sie die Aufmerksamkeit der Teilnehmer und der Weltöffentlichkeit auf Probleme richten, die allen gemeinsam sind; zum anderen darin, daß die für die Währungs- und Finanzpolitik Verantwortlichen aus mittlerweile rund 150 Ländern Gelegenheit finden, sich bilateral oder in Zirkeln zu treffen; und schließlich auch darin, daß Beschlüsse zur graduellen Anpassung des Internationalen Währungsfonds an die sich ändernden weltwirtschaftlichen Bedingungen gefaßt werden können.

Auch die diesjährige Jahresversammlung machte von diesem Muster keine Ausnahme. Ihre Dramatik lag weniger in den moderaten Beschlüssen des Gouverneursrates und des Interimsausschusses. Auch die Forderungen der Entwicklungsländer, so radikal sie sich wieder anhörten, waren nicht eigentlich neu. Die Dramatik lieferte der zweite Ölpreisschub. Die erneute massive Einkommensumverteilung zugunsten absorptionsschwacher Volkswirtschaften und die daraus resultierende abrupte Erhöhung der Welt-Sparquote könnte im Verein mit der durch hohe Inflationsraten erzwungenen Austeritätspolitik der Industrieländer die Weltwirtschaft in eine länger anhaltende Periode niedriger – temporär sogar negativer – Wachstumsraten führen.

Auf die Gefahren, denen sich vor allem die nicht-erdölexportierenden Entwicklungsländer gegenübersehen, hat der scheidende Weltbankpräsident McNamara eindringlich hingewiesen. Diese Länder finden sich in einer Schere von real stagnierenden Exporterlösen und steigenden Importkosten bei einer Auslandsverschuldung, deren Höhe und Wachstum bei den Gläubigern – insbesondere privaten Banken (und ihren Aufsichtsbehörden) – zunehmend Besorgnis erregen.

Die Industriestaaten sind zwar objektiv in einer deutlich besseren Ausgangsposition, und sie sind prinzipiell auch besser gerüstet, sich den Herausforderungen der Ölpreiserhöhung zu stellen. Immerhin dürfte aber die für die achtziger Jahre prognostizierte Wachstumsverlangsamung auf 2-3 % die schon heute drückenden Beschäftigungsprobleme dieser Länder noch verschärfen. Die Versuchung könnte daher zunehmen, die Probleme jeweils dadurch lösen zu wollen, daß man sie auf andere abwälzt. Eine forcierte Exportförderung bei progressiver Abschottung der Inlandsmärkte gegen ausländische Konkurrenzprodukte könnte vielen Regierungen als der politisch bequemste Weg zur „Lösung“ der nationalen Wirtschaftsprobleme erscheinen.

Der Internationale Währungsfonds hat dem wenig entgegenzusetzen. Er ist in Gefahr, immer mehr zum Spielball der widerstreitenden Interessen und Ideologien von Industrie- und Entwicklungsländern zu werden. Was als pragmatische Strategie ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit oft nicht mehr als eine Abfolge eher zufälliger Resultate des permanenten

Bargaining-Prozesses zwischen beiden Ländergruppen. Entsprechend einfalls- und konzeptionslos präsentiert sich der IWF heute.

Das gilt einmal auf dem Feld der Wirtschaftspolitik. Die ständige, ausschließliche Betonung der Notwendigkeit einer wirksamen Stabilisierungspolitik als Voraussetzung für anhaltendes Wirtschaftswachstum läßt vergessen, daß Stabilitätspolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen zwar vielleicht eine notwendige, aber sicher keine hinreichende Bedingung für weltweite Prosperität ist. Tatsächlich verläßt sich kein einziger Mitgliedstaat allein auf dieses Instrument. Welches ist aber heute der angemessene „policy-mix“ zwischen Geld- und Fiskalpolitik? Und war die expansive Politik nach dem ersten Ölpreisschock prinzipiell falsch oder nur falsch dosiert? Die Washingtoner Beratungen gaben darauf keine Antwort.

Auch auf dem Feld der Zahlungsbilanzfinanzierung, einem Kerngebiet der Fonds-Tätigkeit, ist eine konsistente Strategie bisher nicht zu erkennen. Unbefriedigend gelöst ist erstens die Frage der angemessenen wirtschaftspolitischen Auflagen bei der Inanspruchnahme von IWF-Krediten. Die Entwicklungsländer fordern eine massive Ausweitung der ersten, „automatischen“ Kredittranche und die Schaffung neuer, auflagenfreier Fazilitäten. Sie argumentieren, daß eine Korrektur extern bedingter Leistungsbilanzdefizite mit den traditionellen Methoden der Globalsteuerung nicht oder nur unter unververtretbar hohen sozialen Kosten möglich sei. Eine Reihe wichtiger Industrieländer beharrt demgegenüber auf der Konditionalität. Sie sehen den Kern des Problems primär in internen Fehlentwicklungen.

In beiden Positionen steckt ein Körnchen Wahrheit. Eine pauschale Lösung verbietet sich daher. Wichtiger als das „Ob“ wirtschaftspolitischer Auflagen erscheint das „Wie“. Der IWF ist offenbar dabei, seine rigide – fälschlicherweise oft als „monetaristisch“ etikettierte – Auflagenpolitik zugunsten flexibler Ansätze zu revidieren. Es ist ihm aber offenbar noch nicht gelungen, diesen Wandel den potentiellen Kreditnehmern verständlich zu machen.

Auch in der Frage der Fristigkeit von IWF-Krediten ist eine überzeugende Lösung noch nicht zu erkennen. Zwar hat sich die Auffassung inzwischen durchgesetzt, daß unter den Bedingungen eines anhaltenden, starken Leistungsbilanzüberschusses der OPEC-Staaten das „typische“ Leistungsbilanzdefizit eines Ölverbraucherlandes ebenfalls mittel- bis langfristiger Natur sein wird (deutsche Währungspolitiker scheinen diese Erkenntnis freilich nur auf andere Länder anwenden zu wollen). Die Schaffung der erweiterten Fonds-Fazilität und der Witteveen-Fazilität trägt dieser Überlegung Rechnung. Die Tatsache aber, daß gleich zwei mittelfristige Fazilitäten eingerichtet wurden und daß diese in unterschiedlicher Weise mit „normalen“ Ziehungen in den Tranchen verknüpft sind, läßt Zweifel an der Sachgerechtigkeit der Entscheidungen aufkommen. Diese Zweifel verstärken sich noch, wenn man erfährt, daß eine zweite Institution, die Weltbank, sich ebenfalls verstärkt der Programmfinanzierung in Form von Strukturanpassungskrediten widmen und damit in direkte „Konkurrenz“ zum IWF treten will.

Überhaupt ruft der „Wildwuchs“ von internationalen Finanzierungsfazilitäten beim unbefangenen Beobachter zunehmende Irritationen hervor. Allein der IWF verfügt bereits über fünf (nicht gerechnet die Sonderziehungsrechte und den Treuhandfonds). Zusätzlich ist jetzt eine Nahrungsmittelfazilität beim IWF und die Gründung einer Energiebank als Unterorganisation der Weltbank im Gespräch. Und die Entwicklungsländer haben ihre Forderung, einen höheren Teil des „unvermeidbaren Defizits“ über neu zu schaffende Sonderziehungsrechte zu finanzieren, wiederbelebt.

Angesichts einer Auslandsverschuldung dieser Länder von jetzt 450 Mrd. Dollar, davon allein 170 Mrd. Dollar bei Banken, kann es sicherlich nicht darum gehen, es allein der Geschicklichkeit der einzelnen Entwicklungsländer zu überlassen, ob und welche Möglichkeiten sie sich erschließen, um ihre hohen Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren. Grundsätzlich stellt sich jedoch die Frage, ob die Schaffung von immer neuen Fonds, gespeist aus verschiedenen Quellen, ausgestattet mit unterschiedlichen Konditionen, zum Ziel führt. Jedenfalls ist ein schlüssiges Gesamtkonzept, das alle Finanzierungsquellen und -institutionen in die Überlegungen mit einzubeziehen hätte, gegenwärtig nicht mehr auszumachen.